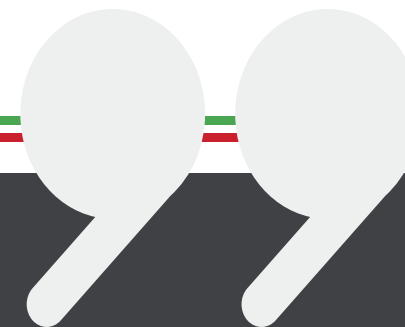


BROSCHÜRE

WELTTAG DES BEDROHTEN ANWALTS



IRAN



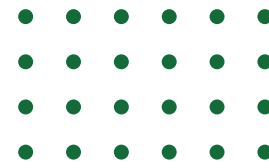
Seit 2009 wird der **24. Januar** in Städten, Ländern und Kontinenten auf der ganzen Welt als Tag des bedrohten Anwalts begangen. „“ Dieser Tag erinnert an das „**Atocha-Massaker**“ im Jahr 1977, bei dem **vier Kollegen** in Madrid, Calle Atocha 55, **ermordet wurden**.

Dieser internationale Tag soll die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft und der Behörden auf die **Situation der Rechtsanwälte** in einem bestimmten, jedes Jahr ausgewählten Land lenken,

um die Bedrohungen bekannt zu machen, denen sie bei der Ausübung ihres Berufs ausgesetzt sind.

Nach der Situation der Anwälte in der Türkei, auf den Philippinen, in Honduras, China, Ägypten, Pakistan, Aserbaidshan, Kolumbien und Afghanistan wird der Tag des bedrohten Anwalts 2024 der Situation der Anwälte im **Iran** gewidmet sein.

HINTERGRUND



Verfolgung durch die Ordnungskräfte:

Seitdem bekannt wurde, dass Jina Mahsa Amini im September 2022 in Haft gestorben ist, versuchen die iranischen Behörden, die Revolte, die das Land erschüttert, zu unterdrücken. Die zahlreichen Demonstrationen, die das Land im Herbst in Aufruhr brachten, wurden von den iranischen Behörden gewaltsam niedergeschlagen.

- Nach Angaben der [NGO Iran Human Rights](#) wurden bei den Protesten mindestens 537 Iranerinnen und Iraner, darunter 68 Kinder, von den iranischen Sicherheitskräften getötet.
- Der [Februar-Bericht des UN-Sonderberichterstatters](#) hebt hervor, dass die ethnischen und religiösen Minderheiten im Iran, die seit langem diskriminiert werden, am härtesten von der derzeitigen Unterdrückung betroffen sind. Mehr als die Hälfte der Todesfälle im Zusammenhang mit den Protesten ereigneten sich in den Provinzen, die von Belutschen und Kurden bewohnt werden.
- [Hunderte von Menschen sind durch Metallgeschosse, die von den Sicherheitskräften abgefeuert wurden, erblindet oder haben schwere Augenverletzungen](#) erlitten. Medizinisches Personal berichtet, dass die **Behörden bei Demonstrationen gezielt Frauen angreifen** und Hunderte von Menschen mit irreversiblen Verletzungen zurücklassen. Schließlich verweigern viele Demonstranten aus Angst vor einer Verhaftung jegliche medizinische Behandlung.

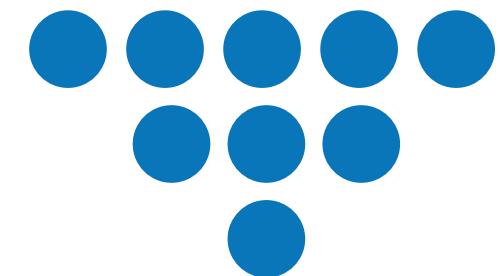


In seinem Bericht 2023 äußerte sich der Sonderberichterstatter für die Menschenrechtslage in der Islamischen Republik Iran, [Javaid Rehman, besorgt](#) über „die **anhaltende Unterdrückung und gezielte Verfolgung** von Aktivisten der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidigern, Frauenrechtsaktivisten, **Rechtsanwälten** und Journalisten (...)“. Der [Menschenrechtsausschuss](#) hatte auch den **eingeschränkten Zugang zu einem Anwalt und darüber hinaus zu einem fairen**

Schnellverfahren gegen Demonstranten:

Die iranischen Behörden haben im [Zusammenhang mit den Demonstrationen zwischen September und November 2022 mehr als tausend Anklageschriften](#), ausgestellt, was den [Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen](#), alarmiert hat; in der Tat werden Schnellverfahren organisiert, die gegen die Verpflichtung des Staates verstoßen, das Recht jeder Person auf einen fairen Prozess und ein ordnungsgemäßes Verfahren zu gewährleisten.

Die große Mehrheit der bei den Protesten festgenommenen Personen hatte keinen Zugang zu einem Anwalt. In den wenigen Fällen, in denen Pflichtverteidiger versuchten, Gerechtigkeit zu erlangen, wurden **ihre Bemühungen durch die Geschwindigkeit, mit der die Angeklagten verurteilt wurden, stark behindert**: Die Anwälte haben oft nur wenige Stunden oder sogar Minuten Zeit, um die Akten zu prüfen (oder ihnen wird die Akteneinsicht verweigert), und haben daher schlichtweg keine Zeit oder Möglichkeit, ihre Verteidigung effektiv vorzubereiten.



DER ANWALTSBERUF UNTER KONTROLLE



Offenbar wurden den im Zusammenhang mit den jüngsten Demonstrationen angeklagten inhaftierten Personen gemäß Artikel 48 der iranischen Strafprozessordnung [Anwälte mit Verbindungen zu den Behörden zugeteilt](#).

Obwohl der Iran seit 1975 ein Mitgliedstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) ist, hat sich die Situation in den letzten Monaten erheblich verschlechtert, da das iranische Regime das Recht auf ein faires Verfahren und die Rechte der Verteidigung ständig verletzt.

Verhaftete Personen werden gezwungen, sich an Anwälte zu wenden, die auf einer Liste stehen, die vom Chef der Justizbehörde, Gholam-Hossein Mohseni Ejei, genehmigt wurde, der für seine Menschenrechtsverletzungen berüchtigt ist. Auf dieser Liste stehen nur Anwälte, die von der Justizbehörde als „Vertrauensanwälte“ zugelassen wurden.

[Im Iran gibt es verschiedene Kategorien von Anwälten:](#)

1

Die erste Kategorie umfasst Rechtsanwälte, die der Anwaltskammer, die für ihre Zulassung zuständig ist, angehören und Mitglied sind. Diese Rechtsanwälte sind **unabhängige Anwälte, die alle Arten von Fällen übernehmen. Einige von ihnen konzentrieren sich stärker auf Fälle von Menschenrechtsverletzungen**, indem sie ihre Mandanten in den Medien unterstützen und sich weigern, mit den Sicherheitsbehörden zusammenzuarbeiten. Sie stellen daher die am stärksten verfolgte Gruppe dar.

2

Die zweite Kategorie umfasst eine **Reihe von Anwälten, die ebenfalls Mitglieder der Anwaltskammer sind**, die auch für die Erteilung ihrer Lizenzen zuständig ist. Wie die erste Kategorie nehmen auch sie alle Arten von Fällen an, aber die Anwälte dieser Kategorie stehen auf der Liste der „Vertrauensanwälte“. Diese Liste wird von der Justizbehörde erstellt und diese Anwälte werden in der Regel für politische und sicherheitsrelevante Fälle herangezogen.

3

Die dritte Kategorie umfasst **Anwälte nach Artikel 187, die nicht Mitglied der Anwaltskammer sind und vollständig von der Justizbehörde ausgewählt werden, die ihnen sogar ihre Lizenz ausstellt**. Im Rahmen ihrer ständigen Bemühungen, Anwälten ihre Unabhängigkeit zu nehmen, hat die Justiz in den letzten Jahren mehr Lizenzen an Anwälte dieser Kategorie ausgestellt.

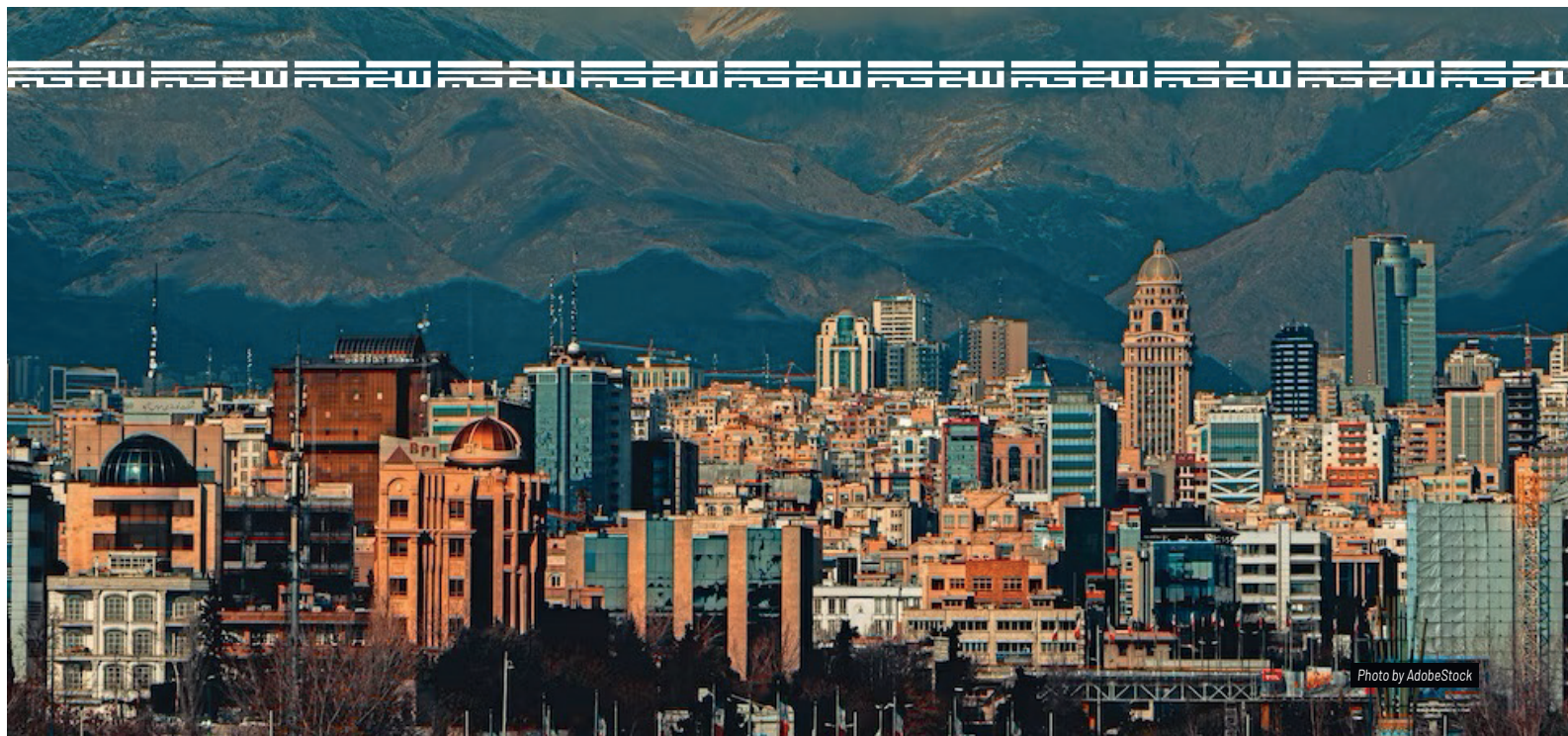
DIE PREKÄRE LAGE DER ANWÄLTE IM IRAN



Menschenrechtsanwälte werden häufig daran **gehindert, ihre Mandanten zu treffen und Zugang zu Akten und Beweismitteln zu erhalten**. In einigen Fällen wurde ihnen sogar die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen untersagt.

Verhaftungen und Drohungen gegen Menschenrechtsanwälte

Je mehr Anwälte für ihre Unabhängigkeit kämpfen, desto mehr werden sie verfolgt. **Anwälte, die sich für die Menschenrechte einsetzen, wurden schon immer zur Zielscheibe** und viele von ihnen wurden **zu langen Haftstrafen verurteilt oder verließen das Land, um der Strafverfolgung zu entgehen**. Im vergangenen Jahr wurden fünf Anwälte **ermordet** und zehn weitere wurden bei fehlgeschlagenen Mordversuchen **ins Visier genommen und verletzt**. Diese und andere Bedrohungen wie Telefonüberwachung, Kriminalisierung und Ausschluss aus der Anwaltskammer sind Beispiele für die Gefahren, denen Menschenrechtsanwälte ausgesetzt sind und die sich insbesondere nach dem Tod von Jina Mahsa Amini und dem darauffolgenden nationalen Aufstand verschärft haben.

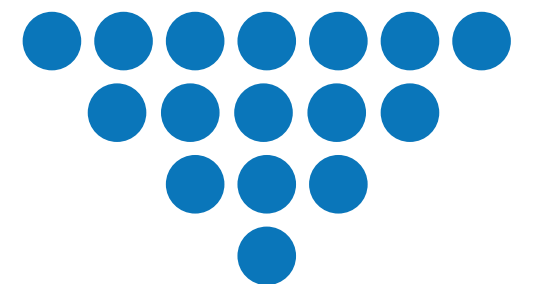


Anwälte ins Visier genommen, weil sie Demonstranten vertreten haben

Zwischen September 2022 und Mai 2023 wurden mindestens 66 Verteidiger von den iranischen Sicherheitskräften festgenommen, um sie daran zu hindern, Gerechtigkeit für Aktivisten und Demonstranten zu fordern, die willkürlich festgenommen worden waren. Bis zum 9. August 2023 waren **mindestens 54 iranische Rechtsanwälte, die ihre Unterstützung für die Familie von Jina Mahsa Amini nach ihrem Tod zum Ausdruck gebracht hatten, vor Gericht geladen worden**.

Die Beteiligung von Menschenrechtsanwälten ist ein Grund für Verhaftungen durch die iranischen Behörden, die den Aktivismus von Menschenrechtsverteidigern als Bedrohung für das herrschende Regime betrachten. Diese **Verhaftungen sind oft unbegründet und stellen eine eklatante Einschränkung des Anwaltsberufs im Land dar**. Darüber hinaus verschärfen Folter und Misshandlung in der Haft, die Schikanierung der Familien der Anwälte und die ihnen auferlegten Schnellverfahren die festgestellten Verstöße.

Das **iranische Regime verletzt das Recht der Rechtsanwälte, alle ihre beruflichen Aufgaben ohne Einschüchterung, Behinderung, Belästigung oder unzulässige Einmischung auszuüben**. Der Staat verstößt auch gegen Grundsatz 16 der Grundprinzipien für die Rolle der Anwaltschaft, indem er Anwälten mit Strafverfolgung für Handlungen droht, die sie in Übereinstimmung mit den anerkannten Berufspflichten, Standards und ethischen Grundsätzen durchführen.



DIE IRANISCHE ANWALTSKAMMER UNTER KONTROLLE

Die Anwaltskammer war seit **der islamischen Revolution von 1979 nicht in der Lage**, die Anwälte angemessen vor dem vom Staat ausgeübten Druck zu schützen, geschweige denn ihre Sicherheit zu gewährleisten.

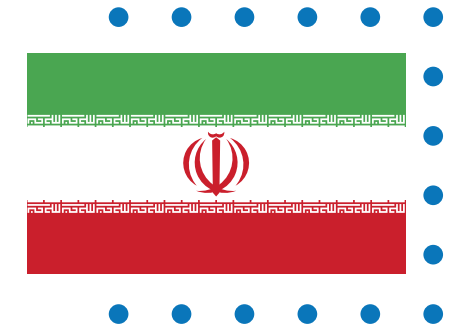
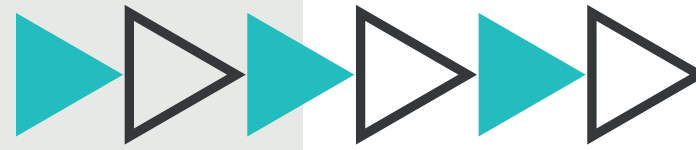
Während der Islamischen Republik übten die staatlichen Organe und die Justiz ständigen und zunehmenden Druck auf die Anwaltskammern aus und entzogen ihnen durch die Verabschiedung verschiedener Gesetze nach und nach ihre Autonomie und Autorität.

Eine Woche bevor er Präsident wurde, führte Ebrahim Raisi als Präsident des Obersten Gerichtshofs **im Juni 2021 eine Reihe von Verordnungen ein, um Anwaltsvereinigungen zu beschränken**. Raisi führte ein Jahr zuvor, im Mai 2020, eine weitere Reihe von Verordnungen ein, woraufhin ihm über 12.000 Rechtsanwälte schrieben, die über die „verheerenden“ Auswirkungen dieser Verordnungen alarmiert waren und ihn auf die Verzerrung „fairer juristischer Ermittlungsverfahren“ ansprachen.

Am 21. August 2023 **verabschiedete das Parlament einen neuen Gesetzentwurf, der die Anwaltskammern effektiv in Filialen des Staates umwandelt**, indem er sie verpflichtet, die Entscheidungen des Regulierungsrats des Wirtschaftsministeriums **zu befolgen**. Der Beschluss überträgt dem Wirtschaftsministerium außerdem die Befugnis, Anwaltslizenzen zu erteilen, zu verlängern und zu widerrufen und ihre Leistung in Abstimmung mit dem Justizministerium und der Justiz zu bewerten. Das Ministerium ist verpflichtet, ein „System zur Bewertung des Engagements und der Effizienz von Anwälten durch die Mandanten“ zu schaffen und die „Ergebnisse der Bewertung jedes Anwalts durch seine früheren Mandanten“ zu veröffentlichen.



PORTRÄTS VON ANWÄLTEN



Porträt der iranischen Anwältin Nasrin Sotoudeh



Nasrin Sotoudeh ist eine **Menschenrechtsanwältin**, die für ihren Aktivismus **2012 mit dem renommierten Sacharow-Preis und 2020 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde**. Sie hat Oppositionspolitiker, Frauen, die sich weigerten, den Hidschab zu tragen, und Gefangene verteidigt, die wegen Verbrechen, die sie als Minderjährige begangen hatten, zum Tode verurteilt wurden.

Die Rechtsanwältin Sotoudeh wurde 2010 erstmals festgenommen und im Evin-Gefängnis inhaftiert. Sie wurde erst 2013 freigelassen, woraufhin sie beschloss, ihren Aktivismus fortzusetzen. 2018 wurde die Anwältin erneut festgenommen. Sie wird von den iranischen Behörden zu insgesamt **38 Jahren Haft (davon 12 obligatorisch) und 148 Peitschenhieben** verurteilt, nachdem sie Frauen verteidigt hatte, die wegen friedlicher Proteste gegen die Auferlegung des Hijabs verfolgt wurden. **Nasrin Sotoudeh büßte ihre Haftstrafe ab Juli 2021 aus medizinischen Gründen als Hausarrest ab. Am 29. Oktober 2023 wurde sie erneut festgenommen und brutal geschlagen**, als sie an der Beerdigung von Armita Garavand teilnahm, einer jungen Iranerin, die nach ihrer Festnahme wegen „Nichttragens des Schleiers“ gestorben war.

Nasrin Sotoudehs Ehemann Reza Khandan war im Februar 2023 ebenfalls Gegenstand von Repressalien, wenige Tage nach einer Erklärung, dass **die iranischen Demonstranten einen Regimewechsel wünschten**. Diese Sanktionen zeigen den Willen der iranischen Regierung, Nasrin Sotoudeh und ihren Ehemann, die sich gemeinsam für die Menschenrechte einsetzen, zum Schweigen zu bringen.

Porträt des iranischen Anwalts Amir-Salar Davoudi



Amir-Salar Davoudi ist **Menschenrechtsanwalt und Mitglied der Menschenrechtskommission der Iranischen Anwaltskammer**. Er ist außerdem Gründer und Leiter eines Telegram-Kanals mit dem Namen „Without Retouching“. Während seiner gesamten Amtszeit hat Herr Davoudi **zahlreiche Menschenrechtsverteidiger und politische Gefangene vertreten**.

Er wurde am 20. November 2018 von Sicherheitsbeamten in seiner Anwaltskanzlei festgenommen. Am 28. Mai 2019 wurde er vom Revolutionsgericht in Teheran zu **30 Jahren Haft und 111 Peitschenhieben** verurteilt, weil er „den Obersten Führer beleidigt“, „Propaganda gegen das System verbreitet“ und „eine Gruppe mit dem Ziel gebildet hat, die nationale Sicherheit zu beeinträchtigen“ – alles im Zusammenhang mit seiner Menschenrechtsarbeit.

Am 1. Dezember 2021 wurde er in einem neuen Verfahren von der **Abteilung 36 des Berufungsgerichts in Teheran erneut zu 14 Jahren Haft verurteilt**, davon zwei Jahre wegen „Beleidigung des Obersten Führers“, zwei Jahre wegen „Irreführung der öffentlichen Meinung“ und zehn Jahre wegen „Bildung einer Gruppe mit dem Ziel, gegen die nationale Sicherheit zu handeln“. Derzeit verbüßt er eine zehnjährige Haftstrafe. Sein Antrag auf gerichtliche Überprüfung wurde im Mai 2023 vom Obersten Gerichtshof des Iran abgelehnt.